

Tatsachen + Dokumente

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Projekt und wollten eine freiwillige Versicherung auf der Grundlage der Arbeitsverträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Die Bauernpartei wollte eine freiwillige gesetzliche Lösung mit Staatsgarantie.

Zu diesen drei Möglichkeiten hatten sich die Stimmberechtigten zu äußern. Das Resultat war eindeutig: der Antrag der Sozialdemokratie vereinigte 46,6 Prozent der Stimmen, der Antrag des Bauernbundes erhielt 15,2 Prozent und der bürgerliche Antrag der Liberalen und Konservativen 34,4 Prozent. 3,8 Prozent wurden leer eingelegt. JHD

TATSACHEN + DOKUMENTE

Die Resolutionen des ordentlichen Parteitages der SPS vom 12./13. Oktober 1957 in Bern

Gegen eine reaktionäre Finanzpolitik

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bestätigt in grundsätzlicher Hinsicht die Beschlüsse des letzten Parteitages in Luzern zum eidgenössischen Finanzproblem. Er hat sich damals bereit erklärt, Hand zu bieten zu einer Verständigungslösung.

Der Nationalrat hat wohl zwei Verbesserungen an der bundesrätlichen Vorlage vorgenommen, indem er die steuerfreien Minima um 1000 Franken hinaufsetzte und anstelle einer allgemeinen Herabsetzung der Warenumsatzsteuer eine bescheidene Erweiterung der Freiliste beschloß. Dagegen hat er die Couponsteuer reduziert und damit dem Besitz eine weitere Entlastung von 30 Millionen gewährt. Außerdem wurden gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag die Steuersätze für die großen Einkommen und die Aktiengesellschaften herabgesetzt und die Möglichkeit zu deren Anpassung an einen erhöhten Finanzbedarf verbarrikadiert.

Der Ständerat hat die bescheidene Entlastung der kleinen Einkommen wieder beseitigt und dafür einen massiven weiteren Steuerabbau für den Besitz und die hohen Einkommen vorgenommen. Die Couponsteuer hat er ganz gestrichen, womit die Entlastung des Besitzes 130 Millionen erreichen würde und auf eidgenössischem Boden jede stärkere Belastung des fundierten Einkommens in Wegfall käme. Er hat ferner die Steuersätze für die Einkommen über 25 000 Franken und für die juristischen Personen noch mehr herabgesetzt, die Besteuerung der genossenschaftlichen Rückvergütungen dagegen verschärft.

Die Sozialdemokratische Partei wird einem Projekt, das die großen Vermögen und Einkommen derart begünstigt bei weiterhin starker Belastung des Verbrauches, nie zustimmen. Der Parteitag fordert erneut, daß die von mehr als 180 000 Bürgern unterzeichnete Initiative für einen gerechteren Abbau der Wehrsteuer und der Warenumsatzsteuer innert der gesetzlichen Frist, das heißt vor Ende 1958 der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Kampf gegen die Teuerung

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz stellt fest, daß der Bundesrat keine wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung getroffen hat. Alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung auf Herabsetzung der fiskalischen Belastung des Verbrauchs wurden abgelehnt. Auch die Vorschläge auf Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, womit der Landwirtschaft selbst wie der ganzen Konsumentenschaft besser gedient würde als mit den schematischen, die Teuerung verschärfenden Preiserhöhungen, wurden bisher nicht verwirklicht. Neue Preiserhöhungen für Milch und Milchprodukte sind für weite Kreise der Konsumenten untragbar. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um den Klein- und Mittelbauern, die eine Einkommensverbesserung am nötigsten haben, einen angemessenen Arbeitsverdienst zu verschaffen, ohne die Konsumenten zu belasten.

Die künstliche Kreditbeschränkung durch Bund und Nationalbank, die angeblich den Preisaufltrieb unterbinden sollte, hat eine massive Erhöhung des Zinsniveaus um 30 bis 50 Prozent verursacht und damit der Teuerung einen neuen Auftrieb gegeben. Dadurch erfahren die Sparer eine Entwertung ihrer Ersparnisse, was die Zinserhöhung für sie illusorisch macht. Durch die Kapitalverknappung werden Gewerbetreibende und Landwirte betroffen. Aber auch zahlreiche Gemeinden und Kantone sind in Schwierigkeiten geraten. Der Bau von Wohnungen, Schulhäusern, Spitälern, Kraftwerken wird gehemmt, während die aus den Gewinnen finanzierten Investitionen der Industrie unbeschränkt weitergehen.

Die Erhöhung der Lebenskosten um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr, die sich in den nächsten Monaten noch verschärfen wird, bringt den Arbeitnehmern eine neue Senkung des Realeinkommens, was durch Lohnerhöhung ausgeglichen werden muß. Die Sozialdemokratische Partei fühlt sich solidarisch mit den Gewerkschaften, die für den gerechten Anteil der Lohnerwerbenden am Volkseinkommen kämpfen.

Der Parteitag fordert, daß mit der künstlichen Zinsverteuerung endlich Schluß gemacht und daß den sozialdemokratischen Postulaten zur Bekämpfung der Teuerung Folge gegeben wird. Ebenso verlangt er ausreichende Maßnahmen zur Überwindung der Wohnungsnot für die wenig bemittelten Volksschichten. Zur Dämpfung nicht notwendiger Investitionen ist die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zu beschränken und eine direkte Beeinflussung der Investitionen anzustreben.

Die Sozialdemokratische Partei wird den Kampf gegen die Teuerung in Verbindung mit den Gewerkschaften mit allen verfügbaren Mitteln weiterführen.

Für die Verlängerung der Brotgetreideordnung

Am 24. November wird Volk und Ständen eine bis längstens 1960 befristete Verlängerung der heutigen Brotgetreideordnung zur Abstimmung unterbreitet. Diese Verlängerung ist notwendig, da die heute geltende Ordnung Ende 1957 abläuft und der erste Versuch einer Neugestaltung durch Schaffung neuer Verfassungsbestimmungen am 30. September 1956 von Volk und Ständen abgelehnt worden ist, weil es sich um eine konsumentenfeindliche Vorlage handelte. Mit der befristeten Verlängerung soll Zeit gewonnen werden, um eine den heutigen Zeiterfordernissen entsprechende Neuordnung vorzubereiten. Eine Verwerfung der Verlängerung der heutigen Brotgetreideordnung würde für die Konsumenten wesentliche Nachteile bringen: Die Verbilligung des Halbweißbrotes und insbesondere des Ruchbrotes müßte auf 1. Januar 1958 dahinfallen, der Getreideimport vom gleichen Zeitpunkt ab dem privaten Handel überlassen bleiben.

Der Parteitag der SPS empfiehlt daher allen Stimmbürgern, am 24. November der Vorlage zur Verlängerung der geltenden Getreideordnung zuzustimmen. Die SPS wird

ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die endgültige Getreideordnung den Interessen der Konsumenten Rechnung trägt.

Für den Verfassungsartikel über die Atomenergie und den Strahlenschutz

Der Parteitag der SPS empfiehlt den Stimmberechtigten die Annahme des neuen Verfassungsartikels, durch den der Bund die Kompetenz erhält, umfassende Vorschriften auf dem Gebiete der Atomenergie aufzustellen. Angesichts der ungeheuren Bedeutung der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke ist es unerlässlich, daß der Bund die Befugnis erhält, Vorschriften über die Nutzbarmachung und Ausbeutung der Atomenergie und über die Förderung der Forschung auf diesem Gebiete zu erlassen. Es ist insbesondere notwendig und dringlich, um die Bevölkerung vor Schädigungen durch gefährliche Strahlen zu schützen und daß geprüft wird, wie, im Rahmen des Möglichen, bei der Verwendung der Atomenergie und ionisierender Strahlen allfällige entstehende Schäden gedeckt werden können.

Der Parteitag verlangt, daß die zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen das Ziel erstreben, die Atomenergie in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und die Bildung eines Privatmonopols zur Ausbeutung dieser neuen Energiequelle zu verhindern.

Explosionen von Atom- und Wasserstoffbomben sollen eingestellt werden

Im Hinblick auf die fortgesetzten Explosionen von Atom- und Wasserstoffbomben und die Tatsache, daß damit vor allem die reale Gefahr von verhängnisvollen Schäden der menschlichen Erbmasse verbunden ist, fordert der Parteitag der SPS von den drei Atommächten die Einstellung dieser Explosionen.

Er vertritt ferner die Auffassung, daß der Bundesrat als Regierung eines neutralen Staates und geleitet von den Grundsätzen der Humanität zur Erreichung dieses Zieles seine Stimme erheben sollte, und er bedauert daher die bisherige Inaktivität unserer Landesregierung.

Für rasche Verwirklichung der Invalidenversicherung

Der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bekräftigt den im Volksbegehren vom 1. Februar 1956 ausgedrückten Willen zur raschen Verwirklichung der Eidgenössischen Invalidenversicherung. Er bejaht die Anwendung des Prinzips des Volksobligatoriums und die enge Verbindung der Invalidenversicherung mit der Alters- und Hinterlassenenversicherung, die allein eine sofortige Verwirklichung ermöglicht. Die Delegierten des Parteitages ersuchen die sozialdemokratische Fraktion in den eidgenössischen Räten, bei der Behandlung des kommenden Gesetzesentwurfes für Verbesserung im Sinne der Vernehmlassung des Parteivorstandes der SPS an das Bundesamt für Sozialversicherung einzustehen, insbesondere:

- für die Übernahme von medizinischen Leistungen, die nicht von den Krankenkassen übernommen werden;
- für den Beginn des Rentenanspruches bei 40prozentiger Invalidität;
- für Sozialzuschläge zu den Invalidenrenten;
- für die laufende Übernahme der Hälfte der Kosten durch die öffentliche Hand.